

## Regionalpolitik zwischen Estland und Rußland

Kempe, Iris; Meurs, Wim P. van

Veröffentlichungsversion / Published Version

Forschungsbericht / research report

### Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Kempe, I., & Meurs, W. P. v. (1998). *Regionalpolitik zwischen Estland und Rußland*. (Aktuelle Analysen / BIOst, 44/1998). Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-47708>

### Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

### Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

## Regionalpolitik zwischen Estland und Rußland

### Zusammenfassung

Die am 19. August 1998 in Moskau wiederaufgenommenen, seit Jahren sich hinziehenden Verhandlungen zwischen Estland und Rußland über einen Grenzvertrag sind nur ein, wenn auch ein folgenschwerer, Aspekt der bilateralen Probleme. Die Nachbarschaftsbeziehungen zwischen Estland und Rußland werfen eine Vielzahl regionaler Probleme auf: der fehlende Grenzvertrag und damit verbunden keine Regelungen für den kleinen Grenzverkehr sowie doppelte Zölle auf sämtliche Importe aus Estland, die russischsprachige Bevölkerung in Estland, die Konzentration von Aussiedlern aus Estland in der russischen Grenzregion sowie infrastrukturelle Probleme der Anbindung zwischen russischen und estnischen Verkehrswegen und Energiesystemen. Ein Teil der regionalen Entscheidungsträger instrumentalisiert diese Probleme für einen antieuropäischen (auf russischer Seite) bzw. antirussischen (auf estnischer Seite) Kurs. Dabei ist die von einem anderen Teil der regionalen Eliten bereits heute forcierte grenzüberschreitende Kooperation ein wichtiger Ansatzpunkt, um die Chancen wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Zusammenarbeit zur Vermeidung neuer Trennlinien durch Europa zu nutzen. Da Estland zu den Kandidaten der ersten EU-Erweiterungsrunde zählt, werden die regional nicht zu lösenden Schwierigkeiten zu europäischen Problemen.

### Die direkte Nachbarschaft zwischen Estland und Rußland

Mit der EU-Integration der ersten sechs Beitrittskandidaten verschiebt sich die EU-Außengrenze nach Osten, und die EU befindet sich in "direkter Nachbarschaft" zu Rußland, zur Ukraine und zu Belarus.<sup>1</sup> Angesichts fehlender Pufferstaaten entsteht eine höchst asymmetrische Nachbarschaft: auf der einen Seite die EU mit ihren sich strukturell, funktional und institutionell angleichenden Mitgliedsstaaten und auf der anderen Seite die durch politische Instabilität, gesellschaftliche und wirtschaftliche Krisen bzw. Desintegrationsprozesse gekennzeichneten GUS-Staaten.<sup>2</sup>

Trotz der radikalen Änderungen seit 1991 sind die wirtschaftlichen und politischen Abhängigkeiten zwischen Estland und Rußland geblieben. So beteiligte sich Rußland z.B. 1997 mit 14,4% am estnischen Importvolumen (Rang 2 nach Finnland) und mit 18,8% am Exportvolumen (Rang 1).<sup>3</sup> Insgesamt bilden die Beziehungen zwischen Rußland und Estland einen Brennpunkt der direkten

<sup>1</sup> Dieser Beitrag entstand im Rahmen des gemeinsamen Projekts "Strategien für Europa" der Bertelsmann Wissenschaftsstiftung und der Forschungsgruppe Europa an der Ludwig-Maximilians-Universität München.

<sup>2</sup> Iris Kempe: Direkte Nachbarschaft. Die Beziehungen zwischen der erweiterten EU und der Russischen Föderation, Ukraine, Weißrußland und Moldova, Gütersloh 1998.

<sup>3</sup> Estnisches Statistikamt, Nr. 1 (1998) [<http://www.koda.ee/econview/foreign.html>].

Nachbarschaft: Die Grenzfrage ist weiterhin ungeklärt, Zoll- und Visaregelungen sind unzureichend. Außerdem lebt auf russischer Seite eine kleine estnische Minderheit und auf estnischer Seite eine große kompakte russische Gemeinschaft.

### **Die ungeklärte Grenzfrage**

Trotz langjähriger Verhandlungen haben Rußland und Estland bisher keinen Grenzvertrag unterschrieben. Ursache der Uneinigkeit ist die Kritik der russischen Regierung an der Diskriminierung der russischsprachigen Bevölkerung in Estland sowie die historisch belastete Frage des Grenzverlaufs. Die 1920 im Friedensvertrag von Tartu festgelegte Grenze wurde bei der Annexion Estlands 1940 zugunsten der RSFSR verschoben. Im Norden wurde die Narva Grenzfluß, und seitdem gehört die östliche Hälfte der Doppelstadt Narva-Ivangorod mit einem knapp 10 km breiten Streifen Land zum Gebiet Leningrad. Im Süden wurde die russische Grenze auf 20-30 km um das Pečory-Gebiet nach Westen vorgeschoben. Als die estnische Regierung Ende 1996 anbot, den heutigen Grenzverlauf anzuerkennen, schien ein Durchbruch in Sicht.<sup>4</sup> Auf russischer Seite besteht jedoch sowohl Mißtrauen als auch die Tendenz, die Grenzfrage politisch zu instrumentalisieren und den Vertragsabschluß zu verzögern.

Solange der Vertrag nicht unterzeichnet ist, entsteht eine ganze Reihe von Folgeproblemen für die grenzüberschreitende Kooperation auf regionaler Ebene. Das von den Pskover Gesprächspartnern mit dem meisten Nachdruck betonte Problem besteht in fehlenden Regelungen im Zoll- und Visabereich für den kleinen Grenzverkehr mit wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen.<sup>5</sup>

### **Zoll- und Visafragen**

Seit 1991 konnten im Gebiet Pskov neun Grenzübergänge nach Estland und Lettland eingerichtet werden, die laut Tallinn dermaßen effizient und gründlich funktionieren, daß das eigentliche Nadelöhr im Transitbereich jetzt die estnisch-lettischen Grenzübergänge seien, weil die lettisch-russische Grenze noch nicht so gut gesichert sei wie die estnisch-russische.<sup>6</sup> Zur besseren Sicherung der Grenze wurde von Pskover Seite ein fünf Kilometer breiter Streifen zum Zollgrenzbezirk erklärt, der nur von Anwohnern oder mit einem Passierschein betreten werden darf.

Für den Personenverkehr benötigen auch die Einwohner der Grenzgebiete ein 15 USD teures Visum, das in den Konsulaten in Tartu und Pskov oder an der Grenze ausgestellt wird. Die typischen Probleme des kleinen Grenzverkehrs sind praktischer Art: Wo es ein halbes Jahrhundert lang keine Grenze gab, existieren besonders im südlichen Grenzraum viele Familienbeziehungen über die neue Grenze hinweg, und Einwohner der unmittelbaren Grenzbereiche haben Datschen oder Familiengräber auf der anderen Seite. Zahlreiche Einwohner Ivangorods im Norden arbeiten in Narva, während viele Narvaer ihre Renten aus Rußland beziehen.<sup>7</sup>

Auch auf der Makroebene wird der Grenzverkehr behindert: Auf sämtliche Importe aus Estland erhebt Rußland doppelte Zölle und versucht mittels dieses Protektionismus, politische Stärke gegenüber Estland zu demonstrieren.

### **Die russische Bevölkerung in Estland**

Trotz eingeschränkter politischer Rechte gibt es wegen des relativ hohen Lebensstandards bei den Russischsprachigen in Estland nach einer ersten Ausreisewelle kaum noch Fluktuation: Bei einer insgesamt leicht zurückgehenden Einwohnerzahl stellten die Esten 1997 65,0% der Bevölkerung (61,5% – 1989) und die Russischsprachigen 32,3% (35,2% – 1989).<sup>8</sup>

<sup>4</sup> U. Halbach: Rußlands weiche Grenzen, I. Die Außengrenze, in: Aktuelle Analysen des BIOst, Nr. 13 (1997), S. 3.

<sup>5</sup> Estland versprach bereits 1995 ein Gesetz, um Ivangorodern mit Arbeit oder Landbesitz auf estnischer Seite den Grenzübergang zu erleichtern... OMRI Daily Digest, Nr. 173, Teil II (6. Sept. 1995).

<sup>6</sup> Interview von Iris Kempe mit Andrew Baladin, Leiter der internationalen Abteilung der Stadtverwaltung Pskov, 9.6.1998 in Pskov, Interview von Wim van Meurs mit Jaak Maandi, Leiter der Abteilung für Lokalverwaltung und Regionalentwicklung im Innenministerium, am 17.4.1998 in Tallinn; RFE/RL Newline, 1, Nr. 241, Teil I (23. Dez. 1997).

<sup>7</sup> Zur Verbesserung des Grenzverkehrs wird aber im Moment eine Computervernetzung zwischen den russischen und estnischen Zollstationen in Narva und Ivangorod, dem wichtigsten Grenzübergang, geplant: ETA, Tallinn (27. Juli 1998).

<sup>8</sup> Estnisches Statistikamt [<http://www.stat.ee/wwwstat/eng2stat/statistics2fr.html>].

Sowohl im öffentlichen als auch politischen Diskurs in Pskov herrscht hochgradige Sensibilisierung für die Lage der russischen Bevölkerung in Estland.<sup>9</sup> Die Frage der russischen Bevölkerung in den baltischen Staaten wird von einem Teil der Pskover Entscheidungsträger stark politisiert und instrumentalisiert als Rechtfertigung für die fehlende grenzüberschreitende Regionalpolitik. Über derartige Tendenzen hinaus ist Pskov aber auch real überdurchschnittlich von der Migration der Russen aus Estland und Lettland belastet, obwohl diese Remigration in den letzten 2-3 Jahren insgesamt stark nachgelassen hat: 1995-1996 kamen auf 1000 Einwohner 95 Immigranten, in der gesamten Föderation nur 34.

Das "russische Problem" ist aus der Sicht der estnischen Politiker und der Öffentlichkeit vor allem auf das geschlossene Siedlungsgebiet im Nordosten konzentriert: Obwohl die Tallinner Bevölkerung paritätisch aus Esten und Russen besteht, ist hier von ethnischen Spannungen wenig zu bemerken. Auch die kleineren russischen Gemeinschaften in den Dörfern im Südosten und am Peipus-See, die sich bereits vor dem Zweiten Weltkrieg (und teils noch erheblich früher) angesiedelt haben, werden nicht als Bedrohung empfunden.<sup>10</sup> Dagegen machen die Russen im Nordosten eine Mehrheit (81% in der gesamten Provinz, 96% in Narva) aller Einwohner aus. Zudem grenzen diese Regionen unmittelbar an das russische Mutterland. Bei über 90% Russen in den nordöstlichen Städten kann auch eine estnische Integrationspolitik keinen Erfolg haben: Esten ziehen sehr ungern nach Narva.

### Strukturschwache Grenzregionen

Die Probleme behindern eine effektive regionale Entwicklungspolitik in den beiderseitigen Grenzregionen. Die beiden estnischen Grenzregionen sind ethnisch und wirtschaftlich völlig unterschiedlich: Den größten Teil der Grenze bildet die nördlich vom Peipus-See gelegene Provinz Ida-Virumaa, deren Einwohner überwiegend in einigen größeren, früher von sowjetischen Großbetrieben dominierten Städten leben. Die estnische Provinzhauptstadt Narva bildet einen Sonderfall, da sie durch den Grenzfluß von Ivangorod auf dem russischen Ufer getrennt ist. Da die Städte der Region um und für die Großbetriebe aufgebaut wurden, brechen mit deren Niedergang der gesamte Arbeitsmarkt und jegliche betrieblichen Sozialeinrichtungen zusammen. Die Folge ist eine regional konzentrierte Massenarbeitslosigkeit, die bis auf über 25% geschätzt wird.<sup>11</sup>

Südlich vom Peipus-See bildet das frühere russische Gouvernement Livland mit einer strukturschwachen Agrarwirtschaft und einer mehrheitlich estnischen Bevölkerung die zweite Grenzregion Estlands. Die großen regionalen Unterschiede in diesem kleinen Land zeigen sich besonders deutlich bei den Durchschnittsmonatsgehältern in den einzelnen Provinzen: Tallinn mit 4.500 EEK, Ida-Virumaa mit 3.100 EEK an 4. Stelle und als letzte Võrumaa mit unter 2.700 EEK (1. Quartal 1998).<sup>12</sup> Nördlich vom See grenzt Estland an das Gebiet Leningrad, südlich davon an das Gebiet Pskov.

Auf russischer Seite verlaufen 270 km der 290 km langen Grenze zu Estland entlang dem Verwaltungsgebiet Pskov.<sup>13</sup> Schon zu Zeiten der Sowjetunion galt Pskov als strukturschwach. Diese Tendenz hat sich seit 1991 verstärkt, da die Region zusätzlich zur allgemeinen russischen Wirtschaftskrise unter ihrer peripheren Lage in der Föderation leidet.<sup>14</sup> Die amtliche Arbeitslosenzahl betrug 1997 11,7% der erwerbsfähigen Bevölkerung (die amtliche Arbeitslosenrate in der Föderation beträgt 8,8%), die verdeckte Arbeitslosigkeit lag regional bei bis zu 20%. 1996 umfaßte die Industrieproduktion nur noch 37% im Vergleich zu 1985.

<sup>9</sup> Interview von Iris Kempe mit Andrew Baladin, 9.6.1998 in Pskov. Interview von Iris Kempe mit Vladimir Michajlov, Vertreter des russischen Außenministeriums in Pskov, 9.6.1998 in Pskov.

<sup>10</sup> R. Ruutsoo: Die Herausbildung einer russischen Minderheit in der Republik Estland 1918-1940, in: Nordost-Archiv. Zeitschrift für Regionalgeschichte, N.F. 4, Nr. 2 (1995), S. 551-576.

<sup>11</sup> J. Sillaste, Ülle Purga, Ida-Virumaa: Man, Economy, Natur [<http://www.ciesin.ee/undp/iviru/eco.html#NARVA>].

<sup>12</sup> Estnisches Statistikamt [<http://www.stat.ee/wwwstat/eng2stat/>].

<sup>13</sup> Pskovskaja oblast': geopolitičeskoe položenie – problemy prigraničnyh regionov, Hrsg.: Oblastnaja administracija, Pskov 1998.

<sup>14</sup> Spravka: o social'no-konomičeskom razvitii Pskovskoj oblasti, Hrsg.: Gosduma, internes Papier, Moskau 1998.

Die Entwicklung der russischen Grenzregionen wird entscheidend von den derzeitigen Dezentralisierungsprozessen innerhalb der Föderation bestimmt. Einerseits verfolgt die Regierung keine konsequenten regionalpolitischen Konzepte und verfügt nicht über formalisierte Mechanismen zur (Um)verteilung des Staatshaushalts. Andererseits müssen sich die Leiter der Gebietsverwaltung durch Direktwahlen legitimieren. Somit verfügen die regionalen Entscheidungsträger über mehr Freiraum, aber auch über mehr Verantwortung. Über die regionalen Belange hinaus sind die Pskover Eliten zunehmend an der Lösung der Grenzfragen beteiligt. Dennoch tun sich Entscheidungsträger teilweise schwer, auf regionaler Ebene die Initiative zu ergreifen und nicht nur die Krise der Region zu verwalten.

### **Regionale Interessen und Kooperationsansätze**

Ein Teil der Entscheidungsträger bemüht sich um den Ausbau der grenzüberschreitenden Kooperation mit dem Ziel, die Handelsbeziehungen zu erweitern und die Modernisierung zu forcieren. Dem stehen diejenigen Eliten gegenüber, die aus politisch motivierten Gründen eine Abschottungspolitik betreiben. Letztere Position führt bei einem Teil der Pskover Entscheidungsträger dazu, die Region als "Russischen Westen", als "Bollwerk" gegen westliche Einflußnahme zu betrachten. Diese Entscheidungsträger haben nur sehr begrenzte Kooperationsinteressen und begrüßen die Schutzzölle sowie die hinhaltende Politik bei den Grenzverhandlungen. Diese Position vertritt auch der einzige Gouverneur der Žirinovskij-Partei in Rußland, der Ende 1996 gewählte Evgenij Michajlov in Pskov.<sup>15</sup> Die Stadtverwaltung dagegen bemüht sich um Wirtschaftsreformen und ausländische Investitionen.<sup>16</sup> Zu deren Steigerung erließ das Gebietsparlament ein Gesetz, das ausländische Direktinvestitionen teilweise von kommunalen Steuern befreit.<sup>17</sup>

<sup>15</sup> V.A. Kolosov, T.A. Galkina, R.F. Turovskij, S.A. Klesov: Social'no-konomičeskie problemy novogo rossijskogo po-granič'ja, in: Serija geografičeskaja, Nr. 3, 1997, S. 63-72, hier S. 69ff.

<sup>16</sup> Interview von Iris Kempe mit Boris Arzamascev, stellvertretender Leiter der Abteilung für Wirtschaft der Stadt Pskov, am 10.6.1998 in Pskov. Interview von Iris Kempe mit Tamara Chudevič, Leiterin der Pskover Handelskammer und des Tacis-Projekts "Business Opportunities Development Programme", am 10.6.1998 in Pskov.

<sup>17</sup> Zakon Pskovskoj oblasti: O privlečenii investicij v konomiku Pskovskoj oblasti, prinjat oblastnym sobranijem deputatov 19 marta 1998 goda.

Ähnlich wie in Pskov dominieren in Tallinn die Entscheidungsträger, die eine grenzüberschreitende Regionalpolitik aus Angst vor erneuten russischen Hegemoniebestrebungen ablehnen. Sie nehmen an, daß erstens ein kategorisches "Nein" zu Rußland Grundbedingung für ein "Ja" zu Europa sei und zweitens der westorientierte Wirtschaftsaufschwung Tallinns Priorität über jegliche Regionalentwicklung genieße. Die estnische Regierung räumt der Hauptstadt Tallinn Priorität bei der inneren Transformation und äußeren Integration in die EU ein. Die Konzentration der Modernisierung auf Tallinn vergrößert die Strukturschwäche der östlichen Grenzregionen: Regionalentwicklung und Agrarsubventionen für den Südosten oder gar die Sanierung der sowjetischen Industrieanlagen im Nordosten passen nicht in das derzeitige Reformkonzept. So betrug das Budget für Regionalpolitik 1997 lediglich 60 Mio. EEK (7,5 Mio. DM), wovon allein 10 Mio. EEK für die Unterstützung (inkl. Umsiedlung) der kleinen estnischstämmigen Setu-Minderheit im Pskover Gebiet vorgesehen waren.

Die Gegenposition auf beiden Seiten der Grenze richtet sich primär auf den erwarteten Nutzen der interregionalen Zusammenarbeit. Vertreter dieser Position befinden sich vorrangig in unabhängigen Organisationen sowie in einem Teil der lokalen/regionalen Behörden, die sich täglich mit den Folgen der Grenzprobleme konfrontiert sehen und von denen die Bevölkerung und die Handels- sowie Industrievertreter Lösungen fordern.

Einige Beispiele mögen diese Gegenbewegungen illustrieren: Auf Initiative von Geschäftsleuten aus Pskov, Narva und Tartu wurde eine grenzüberschreitende Fährverbindung von Narva über den Peipus-See nach Pskov eingerichtet – eine wichtige Erschließungsmaßnahme für Anwohner und Kleinbetriebe am Ufer. Angesichts des bisherigen Scheiterns des Grenzvertrags versuchen die Regionalverwaltungen, im Rahmen des kleinen Grenzverkehrs zumindest Sonderregelungen für den visafreien Personenverkehr an Feiertagen und in besonderen familiären Angelegenheiten zu erreichen. Diese funktionale Kooperation hat bereits zu ersten Initiativen institutioneller Zusammenarbeit geführt: Am 27. Mai 1996 gründeten Vertreter der estnischen, lettischen und russischen Grenzregionen einen Kooperationsrat für folgende Fragen: Entwicklung von Regionalprogrammen, Interessenvertretung in den jeweiligen regionalen Verwaltungen und Ausbau des Informationsaustausches. Anfang 1998 hat die russische Regierung mit den Regierungen Estlands und Lettlands bilaterale Kommissionen gegründet. Sie gliedern sich in drei Arbeitsbereiche: wirtschaftliche Zusammenarbeit, soziale und humanitäre Fragen sowie kulturelle Zusammenarbeit. An den Gremien sind ebenfalls Vertreter aus Pskov beteiligt.

Die Mehrzahl der Initiativen geht jedoch nicht auf die Politik, sondern auf NGOs und Wirtschaftsorganisationen zurück: Seit 1994 existiert die estnisch-russische Umweltschutzinitiative "Lake Peipus" zur Reinhaltung des Peipus-See mit Vertretungen in Tallinn, Tartu und Mustvee auf estnischer sowie in Pskov und St. Petersburg auf russischer Seite. Aufgabe ist die grenzüberschreitende Kooperation von kommunaler Verwaltung und Wirtschaft. Mittels Information über die Gesetzgebung, die allgemeinen Investitionsbedingungen sowie die Firmenstruktur der beteiligten Regionen bzw. Staaten sowie auch Handelsmessen strebt eine Initiative der Handelskammer von Pskov und Kupiju (Finnland) sowie von estnischen und schwedischen Managementorganisationen (ein Business Opportunities Development Programm mit Unterstützung durch TACIS-Mittel) den Ausbau der grenzüberschreitenden Wirtschaftsbeziehungen an.<sup>18</sup>

### **Probleme der Infrastruktur**

Die grenzüberschreitende Infrastruktur wird mangels politischen Willens und Investitionen von beiden Seiten ungenügend entwickelt, trotz relativ günstiger Ausgangsbedingungen in Pskov als früheres Verkehrs- und Transitzentrum.<sup>19</sup> Die Priorität der Politik über wirtschaftliche Rationalität zeigt sich ebenso in den Plänen der russischen Regierung, in der Nähe von St. Petersburg einen eigenen Hafen zu bauen,

<sup>18</sup> Interview von Iris Kempe mit Tamara Chudevič am 10.6.1998 in Pskov.

<sup>19</sup> Sybille Reymann: Standortbestimmungen für ausländische Direktinvestitionen im Nordwesten Rußlands, in: HWWA-Report, Nr. 173, 1998, S. 102f.

statt auf die existierende und ausbaufähige Infrastruktur Narvas zurückzugreifen.<sup>20</sup> Im Vergleich zum Wirtschaftsaufschwung der Republik vernachlässigt die estnische Regierung die Infrastrukturentwicklung in den Grenzregionen zugunsten des Ausbaus der Hafenanlagen an der Westküste in Tallinn und Pärnu sowie der Straßenverbindung nach Riga. Die estnische Regierung lehnte 1996 beispielsweise die Anbindung an die "Via Russica" von St. Petersburg nach Kiev ab, obwohl Estland auf diesem Wege längerfristig eine Hauptrolle im Transitverkehr zwischen Rußland und Skandinavien spielen könnte.<sup>21</sup>

Weitere regionale Infrastrukturprobleme ergeben sich aus der Energie- und Wasserversorgung der Doppelstadt Narva-Ivangorod, die bis 1991 eine gemeinsame Infrastruktur hatte. Die beiden Heizkraftwerke in Narva erhalten Brennstoff aus Rußland und beliefern dafür Ivangorod mit Elektrizität und Trinkwasser. Wegen der ungelösten Grenzfrage und der bilateralen Spannungen sind die unbezahlten Wasserrechnungen Ivangorods kein kommunales Problem, sondern ein Konfliktpotential zwischen Tallinn und Moskau.<sup>22</sup> Ein überraschendes Ergebnis dieser Strukturprobleme und gleichzeitig ein Zeichen der politischen und gesellschaftlichen Brisanz der direkten Nachbarschaft war im Frühjahr eine von Ivangorodern unterschriebene Petition an Jelzin, die gewählten lokalen Behörden zu entlassen und ein Referendum über den Anschluß Ivangorods an das estnische Narva abzuhalten!<sup>23</sup>

Gerade dieses letzte Beispiel zeigt, daß eine minimale Regionalpolitik und die Vernachlässigung grenzüberschreitender Kooperation mittelfristig nur neue Konflikte hervorrufen und sowohl für die Europäische Union als auch für Estland und Rußland nicht nur regional, sondern auch national unerwünschte Konsequenzen mit sich bringen werden. Dagegen könnten von sozio-ökonomischen Initiativen "von unten" auf Dauer spillover-Effekte für die Verbesserung des politischen Verhältnisses zwischen Estland und Rußland ausgehen. Bisher gilt es jedoch, auf politischer Ebene die Hemmnisse der ungeklärten Grenzfrage, der doppelten Zölle sowie des nicht zur beiderseitigen Zufriedenheit gelösten Problems der russischen Bevölkerung in den baltischen Staaten auszuräumen.

Iris Kempe/Wim van Meurs

Die Autoren sind wissenschaftliche Mitarbeiter am Centrum für angewandte Politikforschung, München.

Redaktion: Gerhard Simon

<sup>20</sup> Narva, Estonia-Ivangorod, Russia – Poor Relations between Estonia and Russia, in: ETA (11. Mai 1997).

<sup>21</sup> ETA (26 Apr. 1996).

<sup>22</sup> RFE-RL Newline, 1, Nr. 107 (1. Sept. 1997).

<sup>23</sup> Kommersant Daily, 16. März 1998, Russian Regional Report, 3, Nr. 26 (2. Juli 1998), ETA (14. Juli 1998).

Die Meinungen, die in den vom BUNDESINSTITUT FÜR OSTWISSENSCHAFTLICHE UND INTERNATIONALE STUDIEN herausgegebenen Veröffentlichungen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

© 1998 by Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung – auch auszugsweise – nur mit Quellenangabe gestattet.  
Belegexemplare erwünscht.

Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Lindenbornstr. 22, D-50823 Köln,  
Telefon 0221/5747-0, Telefax 0221/5747-110; Internet: <http://www.uni-koeln.de/extern/biost>